

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn  
Daniel Sieveke (MdL)  
Vorsitzender des Innenausschusses  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**Hartmut Ganzke (Mdl)**

Innenpolitischer Sprecher  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2651

Fax: 02303 – 253 1499

Hartmut.Ganzke@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

**25.10.2018**

## **Beantragung von schriftlichen Berichten für die Sitzung des Innenausschusses am 08.11.2018**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 08.11.2018 folgende schriftliche Berichte:

### **1. Lässt die Landesregierung jetzt die Stadt Kerpen mit den autonomen Hausbesetzungen im Umsiedlungsort Manheim alleine?**

Nachdem die Landesregierung die Stadt Kerpen mit der kreativen Begründung von Brandschutz und Baurecht zu einer Räumung von Baumhäusern im Hambacher Restforst gedrängt hat, gibt es nun seit mehreren Wochen am Rand von Kerpen-Manheim ein polizeilich genehmigtes Camp mit etwa 400 Aktivisten. Diesbezüglich bleibt aber eine Hilfe der Landesregierung für die damit entstandenen Probleme der Stadt Kerpen aus. Mitglieder der autonomen Szene brachen in Manheim-alt in mehrere leer stehende Häuser der ehemaligen Bewohner des Ortes ein. Im Rahmen der Besetzung wurden Möbelwagen vorgefahren und das Straßenbild wird seitdem von verummten Aktivisten geprägt. Beim örtlichen Einsatz der Polizei wurde auf ausgesprochene Platzverweise nicht reagiert und die Beamten schützten sich mit Pfefferspray.

Die örtliche Lokalzeitung berichtet zwischenzeitlich unter der Überschrift „Manheimern platzt wegen Aktivisten der Kragen“ über eine Sondersitzung des Bürgerbeirats Manheim, die im Vereinszentrum in Manheim-neu stattgefunden hat. Hierbei soll es um die aktuelle Situation in Manheim-alt am Tagebau Hambach gegangen sein. Dort leben aktuell noch rund 80 Bewohner neben Kurzzeitmietern und von der Stadt eingewiesenen Sozialfällen. Der Beirat soll einstimmig gefordert haben, dass die Genehmigung für das Aktivisten-Camp am Ort nicht mehr über den 31.10.2018 hinaus verlängert werden dürfe. Zudem soll gefordert worden sein, den Abbruch der Häuser in Manheim-alt zu beschleunigen. Bei der Sitzung des Bürgerbeirats sollen auch einige Vertreter der Aktivistenszene anwesend gewesen sein. Die Lokalzeitung berichtet, dass während der Sitzung ein Manheimer Bürger den anwesenden Aktivisten den Satz „Verpisst euch aus Manheim“ zugerufen habe. Dafür soll er viel Beifall aus den Reihen der rund 200 Teilnehmer bekommen haben. Ein anderer Sitzungsteilnehmer soll von einem Pulverfass gesprochen haben, das kurz vor der Explosion stehe. Da mehrere Sitzungsteilnehmer Zweifel äußerten, dass die Polizei die Hausbesetzungen zügig beenden werde, soll auch von einer Art „Bürgerwehr“ die Rede gewesen sein. Die Polizei habe geäußert, dass man wegen der besetzten Häuser eingreifen werde, man wolle aber vor überhasteten Aktionen warnen. Man wolle zuerst ein „nachhaltiges Konzept“ erarbeiten. Am 25.10.2018 hat die Polizei inzwischen mit der Räumung von 13 besetzten Häusern in Kerpen-Manheim begonnen. Mehrere Hundertschaften der Polizei waren bei der Räumung der Häuser im Einsatz, die zwischenzeitlich auch von Verwaltungsgerichten als rechtmäßig bestätigt wurden.

Die SPD-Landtagsfraktion bittet zur Sitzung des Innenausschusses am 08.11.2018 um einen schriftlichen Bericht, der insbesondere auf folgende Fragen eingeht:

1. Hat die Polizei es nicht berücksichtigt, dass es nach der Räumung des Hambacher Restforstes zu einer Verlagerung der autonomen Szene kommen wird?
2. Wieso wurde bei der polizeilichen Genehmigung für das Aktivisten-Camp ausgerechnet eine Fläche in unmittelbarer Nähe zu einem Umsiedlungsort gewählt?
3. Ist es aus Sicht der Landesregierung den gerade von der Umsiedlung betroffenen Menschen zuzumuten, dass in ihre ehemaligen Häuser eingebrochen wird und ihr ehemaliges Zuhause auch noch zum Spielball politischer Agitation durch Autonome gemacht wird?
4. Welche Straftaten wurden im Umfeld des Camps am bzw.imOrtsteil Manheim-alt begangen?
5. Welche Personenfeststellungen und Ermittlungserfolge kann die Ermittlungskommission Hambach in diesem Zusammenhang vorweisen?
6. Welche Hilfen hat das Land der betroffenen Stadt Kerpen und den betroffenen Umsiedlern angeboten?

7. Wie bewertet die Landesregierung die offensichtlichen Zweifel der Manheimer Bevölkerung an der Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse durch die Polizei und die damit verbundenen Überlegungen zur Einrichtung einer Art „Bürgerwehr“?
8. Mit welchen Abwägungen ist die Polizei zu einem „nachhaltigen Konzept“ zur Beseitigung der rechtsfreien Zustände in Kerpen-Manheim seit dem 25.10.2018 gekommen und wie stellt sich dieses dar?

## **2. Wie wird die Landesregierung die Angriffen auf Autos von Beschäftigten der Kraftwerke und Tagebaue schützen?**

In der Ausgabe der Rheinischen Post vom 24. Oktober 2018 wird berichtet, dass bei RWE-Mitarbeitern im Tagebau und in den Kraftwerken offenkundig die Muttern an den Rädern ihrer Autos gelockert wurden. Nach Auskunft der Pressestelle des Unternehmens wird nun empfohlen, die Räder von in Außenbereichen stehenden Autos sicherheitshalber zu überprüfen, bevor man losfährt. In der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober sollen zudem in Rödingen vier Busse eines Unternehmers ausgebrannt sein. Die Polizei soll Hinweise haben, dass die Tat im Zusammenhang mit der Demonstration am vergangenen Mittwoch in Bergheim stehen könnte. Dort hatte eine Großdemonstration der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) und der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (verdi) stattgefunden. Der Busunternehmer brachte die Demonstranten von Bergheim zu einem Protestgelände nach Elsdorf.

Die SPD-Landtagsfraktion bittet zur Sitzung des Innenausschusses am 08.11.2018 um einen schriftlichen Bericht, der insbesondere auf folgende Fragen eingeht:

1. Wann hat die Landesregierung von den Vorfällen erfahren?
2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung daraufhin ergriffen?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu den oben beschriebenen Angriffen auf Autos von Beschäftigten der Kraftwerke und Tagebaue vor?
4. Welche Hilfen hat das Land dem betroffenen Unternehmen angeboten, damit die Beschäftigten vor solchen Angriffen geschützt werden?
5. Welche Personenfeststellungen und Ermittlungserfolge kann die Polizei in diesem Zusammenhang bereits vorweisen?
6. Wie will die Landesregierung nachhaltig sicherstellen, dass Angriffe auf die Beschäftigten und das Eigentum des Konzerns verhindert werden?
7. Wie ist der Ermittlungsstand zu den in Rödingen abgebrannten Bussen eines mittelständischen Dienstleisters?

### 3. Wie bewertet die Landesregierung das Auftreten selbst ernannter Sicherheitskräfte im Rahmen des Besuchs von Präsident Erdogan in Köln am 29.09.2018?

Nach Medienberichten hat sich im Rahmen des Besuchs des türkischen Präsidenten Erdogan in Köln zur Eröffnung der DITIB-Moschee am 29.09.2018 eine Gruppe mit dem Namen „Team Yörükoglu Europa“ als Sicherheitspersonal aufgespielt. Der Anführer der Gruppe ist demnach ein 41-jähriger türkischer Staatsbürger mit dem Namen Nuri Harmankaya, der mehrfach vorbestraft sei und rechtsradikale Tendenzen zeige. Harmankaya sei nicht offiziell im Sicherheitsgewerbe tätig und betreibe eigentlich einen Handyladen in Hamburg. In sozialen Netzen traten er und seine Männer martialisch auf und stießen Drohungen gegen Erdogan-Kritiker aus. Auf zahlreichen Bildern seien Harmankaya und seine Männer beim Zeigen des Grußes der islamistischen Muslim-Brüder oder der "Grauen Wölfe" zu sehen. Harmankaya sei zudem seit Juni 2017 wegen unerlaubten Waffenbesitzes vorbestraft. Laut Hamburger Polizei sei Harmankaya auch anderweitig bereits mehrfach kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

Dennoch seien er und seine Truppe immer wieder vom türkischen Konsulat oder von Vertretern der türkischen Regierungspartei AKP damit beauftragt worden, als Ordner für Veranstaltungen oder als Sicherheitspersonal zur Verfügung zu stehen. Nach den Medienberichten hatten Nuri Harmankaya und seine Männer im Rahmen des Erdogan-Besuchs in Köln eine Straße mit Polizei-Absperrband abgesperrt, das sie nach eigener Aussage von Polizisten bekommen hatten. Auf Nachfrage habe die Polizei Köln erklärt, dass es unklar sei, ob es zu einer informellen Zusammenarbeit gekommen war.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, der insbesondere folgende Fragen beantwortet:

1. Warum konnte Nuri Harmankaya trotz der Verurteilung und seiner Nähe zu rechtsradikalen türkischen Nationalisten zusammen mit anderen Mitgliedern aus seiner Gruppe bei der Moschee-Einweihung in Köln als Sicherheitskraft auftreten?
2. Welchen Kenntnisstand gibt es im Hinblick auf den Vorwurf einer informellen Zusammenarbeit zwischen der Gruppe um Harmankaya und der Polizei im Rahmen der Veranstaltung in Köln?

Mit freundlichen Grüßen

